

21.2.2011

Pressemitteilung des Vereins "Länger gemeinsam Lernen Baden-Württemberg e.V."

„Des Kaisers neue Kleider“

Das Kultusministerium verliert den Blick für die Schulwirklichkeit

„Die Werkrealschule ist für mich eine bahnbrechende und bundesweit einmalige bildungspolitische Innovation“, so die Kultusministerin Schick. Gewiss – es ist Wahlkampf und Frau Schick ist bekannt für Ihre PR - Kampagnen. Aber die „Neue Werkrealschule“ mit solchen Superlativen zu belegen, lässt den Schluss zu, dass die Landesregierung den Blick für die Schulwirklichkeit gänzlich verloren hat. Der dreiste Versuch, die konzeptions- und perspektivlose Bildungspolitik mit einer Flucht nach vorne zu verschleiern erinnert an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“!

Wer sich auskennt, weiß, dass es sich bei der „Neuen Werkrealschule“ in erster Linie um eine Namensänderung handelt, die neue Schule selbst aber nur wenig Neues zu bieten hat im Vergleich zur seit 16 Jahren praktizierten „alten Werkrealschule“. Einzig die von vielen Fachleuten als nicht umsetzbar bezeichnete Unterrichtsteilung in Klasse 10 mit einer Berufsschule ist wirklich neu.

Es ist abzusehen, dass auch die „Neue Werkrealschule“, egal ob ein- oder zweizügig, keine wirkliche Akzeptanz erfahren wird, daran ändern auch die mit Steuermitteln finanzierten Hochglanzbroschüren in Wahlkampfzeiten nichts.

Laut Kultusministerium will man durch die „Neue Werkrealschule“ eine stärkere Förderung der Begabungspotentiale erreichen. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Schüler werden weiterhin sozial entmischt. Problematische Lernmilieus bleiben bestehen. Nur noch knapp über 20 % eines Jahrgangs kommen in den Werkrealschulen und Hauptschulen an. Die neueste PISAstudie macht deutlich, dass in keinem anderen Land das soziale Schulumfeld die Leistungen benachteiligter Kinder und Jugendlicher so stark beeinflusst wie in Deutschland. Ausgerechnet die schwächsten Schüler müssen die schwierigsten Bedingungen meistern: Nach Klasse vier an Standort A nun drei Jahre Werkrealschule (KI 5-7) an Standort B, dann ein Großteil ab Klasse 8 an Standort C und schließlich in Klasse 10 die mehr als fragwürdige Verteilung der Klassengemeinschaft an zwei von fünf Tagen auf drei Berufsschulstandorte D-F. Wie soll unter solchen Umständen noch eine Beständigkeit im Lernprozess gewährleistet werden, wie sollen soziales Lernen und Integration gelingen? Außerdem sind - durch die Schließung bzw. Zusammenlegung der kleinen Hauptschulen bedingt - an vielen „Neuen Werkrealschulen“ große Klassen entstanden.

Laut Kultusministerium will man die „mittlere Reife in die Fläche bringen“. Die „Neue Werkrealschule“ führt aber zuallererst zu einer weiteren Aufgliederung der Sekundarstufe, die dreistufige Grundschulempfehlung bleibt bestehen. Wenn die „Neue Werkrealschule“ einen „echten“ Mittleren Bildungsabschluss anbietet, warum steht sie dann in der Hierarchie der Grundschulempfehlung nicht auf der gleichen Stufe wie die Realschule, sondern auf der Stufe der Hauptschulempfehlung?

„Neue Werkrealschule“ als Kaschierungsmoment

Die „Neue Werkrealschule“ ist damit nichts anderes als ein Kaschierungsmoment für den mangelnden Willen zu einer notwendigen umfassenden Bildungsreform. Frau Schick trägt

eine der letzten großen Lebenslügen der baden-württembergischen CDU mit: den Glauben, das dreigliedrige Schulsystem könne gerecht und leistungsstark sein. Wer bereits Neunjährige mit völlig ungeeigneten Instrumenten nach vermeintlicher Eignung sortiert, verbaut vielen Kindern die Zukunft.

Trotzdem startete Baden-Württemberg mit der Einführung der neuen Werkrealschule einen erneuten problematischen Versuch, die alten Hierarchien in der Schulstruktur zu erhalten. In den vergangenen Jahrzehnten wurde mit enorm viel Aufwand aller Beteiligten an unzähligen vielen kleinen Schräubchen des Bildungssystems gedreht. Keiner der zahlreichen Reformversuche der letzten 40 Jahre hat jedoch dazu geführt - auch die Einführung der Werkrealschule vor 16 Jahren nicht - den dramatischen Schülerschwund an den baden-württembergischen Haupt-/Werkrealschulen zu verhindern. Die Halbwertszeit, was den Bestand der vielen „Reförmchen“ angeht, wird immer kürzer. Obwohl auch die kleinen Hauptschulen nach dem Bildungsplan der „Neuen Werkrealschule“ arbeiten, durften sie sich nicht Werkrealschulen nennen. Unzählige Gemeinderatssitzungen, Schul- und Lehrerkonferenzen im ganzen Land suchten nach Lösungswegen aus dem Dilemma. Jetzt, kurz vor der Wahl, und durch den Druck der Kommunen ist es - nachdem bereits über 80 ländliche Hauptschulen geschlossen wurden - plötzlich möglich, was vorher mit vielen Argumenten als unmöglich dargestellt wurde: auch einzügige Hauptschulen dürfen sich jetzt Werkrealschule nennen! Diese Unberechenbarkeit in der baden-württembergischen Bildungspolitik ist verheerend und beispiellos.

Baden-Württemberg macht etwas, vor dem alle Bildungsforscher und Experten gewarnt haben: Es filetiert die Hauptschule und sein ganzes Schulsystem in viele schmale Streifen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir seit den Pisa-Studien mühsam lernten: Sachte die Schulformen zusammenzuführen.

Welche Folgen wird das große Stückeln haben?

Fast 80 % der Schüler fahren in die großen städtischen Realschulen und Gymnasien. Bei der Beibehaltung unseres weltweit einzigartigen gegliederten Schulsystems werden laut einem aktuellen Schulentwicklungsgutachten in 10 – 15 Jahren nur noch ca. 30 % aller Gemeinden in Baden-Württemberg eine Schule ab Klasse 5 anbieten können. Die Folge ist die Entschulung des ländlichen Raumes mit katastrophalen Folgen für die betroffenen Gemeinden. Schulen, die erst einmal geschlossen sind, können später kaum noch für neue Schulkonzepte reanimiert werden.

Und bei diesem Szenario behauptet die Landesregierung, mit der Einführung der „Neuen Werkrealschule“ den ländlichen Raum zu stärken. Das ist Zynismus pur!

In der Bildungspolitik der derzeit Verantwortlichen gibt es kaum jemanden, der bereit ist, die Fakten anzusehen und sich anschließend eine Meinung zu bilden. Vielmehr hat man eine Meinung und die kann nicht durch Fakten erschüttert werden. Dies kann als ideologische Haltung bezeichnet werden. Ideologie sollte aber in der Bildungspolitik keinen Platz finden. Hier gilt es, sich über die Parteigrenzen hinweg für einen Weg zu entscheiden, der zum Wohle aller Kinder ist. Das Wohl der Kinder im Blick zu haben, beansprucht auch die Landesregierung für ihre Bildungspolitik. Aber ist das nicht ein reines Lippenbekenntnis angesichts der realen Schulsituation? 40 % aller Schulkinder klagen über Schulangst! Würden unsere verantwortlichen Bildungspolitiker nur ein Bruchteil der Schülerschicksale und der Familiendramen am eigenen Leib erfahren, die sie durch ihr Sortiersystem an 9 bis 10 jährigen Kindern erzeugen - unser unikates Schulsystem würde sich schnell wandeln. Selbst die führenden deutschen Hirnforscher sprechen von verheerenden Zuständen, die dieses System verur-

sacht, das bei vielen Kindern Angst und Druck erzeugt und damit nachgewiesenermaßen nachhaltiges Lernen verhindert. Unsere Bildungspolitiker verwechseln Angst und Druck mit Leistung! Angst und Druck verhindert aber bei vielen Schülerinnen und Schülern Leistung!

Zahlreiche ausgearbeitete Schulmodelle, die mit integrativen Formen in der Lage wären, alle Niveaustufen bzw. Abschlüsse bis zur 10 Klasse anzubieten, werden von der Landesregierung nicht genehmigt. Bei dieser international üblichen Schulform könnten aber in Zukunft über 70 % aller Gemeinden eine Schule ab Klasse 5 anbieten.

Gern wird bei diesem weltweit üblichen Schulsystem in Kreisen der CDU/FDP abschätzig der Teufel „Einheitsschule“ an die Wand gemalt, weil sich die Bildungspolitiker, bedingt durch ihre eigene Schulbiographie und ihren begrenzten „Schulhorizont“ einen individualisierten Unterricht schlichtweg nicht vorstellen können. Dabei gäbe es weltweit genügend erfolgreiche Anschauungsbeispiele.

Die „Neue Werkrealschule“ verhindert erneut mit hohem Energieaufwand aller Beteiligten eine überfällige Systemveränderung hin zu einem modernen inklusiven Bildungssystem. Warum begeht die Landesregierung zum wiederholten Male den gleichen Fehler, wann lernt sie endlich aus ihren bildungspolitischen Fehlversuchen?

Was kann man gegen das Schulsterben unternehmen und wie könnte eine langfristige nachhaltige Schulplanung aussehen?

Die Alternative kann nur in der „Regionalen Schulentwicklung“ liegen - ohne dogmatisches Festhalten an der überkommenen Sortiermentalität. Im Kern geht es um den Erhalt attraktiver und wohnortnaher Schuleinheiten mit dem Angebot höherer Abschlüsse sowie um die Abkehr von der frühzeitigen Aufteilung der Schüler.

Die Kommunen und Kreise sollen selbst entscheiden, welche Schule sie haben wollen. Sie werden alles tun, damit die Schule im Dorf bleibt. Das bedeutet: sie werden sich passgenau die Schule bauen, die sie vor Ort brauchen.

Dadurch bleiben viele mit Steuergeldern bestens ausgestattete Schulstandorte erhalten und die Schule vor Ort erlaubt eine optimale Förderung aller Schüler in der Gemeinde oder im Stadtteil. Sie lässt eine Höherqualifizierung aller Schüler zu ohne unerträglichen Übertrittsdruck, ohne Entschulung des ländlichen Raums, ohne irrsinnigen Schulbus-Tourismus und ohne schulische Ghettobildung in den Städten.

Baden-Württemberg braucht eine echte Schulreform und kein fortgesetztes Herumdoktern an einem überkommenen System. Mit der Einführung einer vierten Schulform wie der „Neuen Werkrealschule“ wird letztlich nur der Übertrittsdruck in Klasse vier erhöht.

Und nun zum Ende des Märchens: "Aber er hat ja gar nichts an!" sagte endlich ein kleines Kind. "Hört die Stimme der Unschuld!" sagte der Vater; und der eine zischelte dem andern zu, was das Kind gesagt hatte. "Aber er hat ja gar nichts an!" rief zuletzt das ganze Volk.

Es ist an der Zeit, parteiübergreifend an einem Gesamtkonzept zur künftigen Schulstruktur in Baden-Württemberg zu arbeiten, das die Schülerinnen und Schüler mit ihren individuellen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt, das den Fokus nicht auf das Sortieren, sondern auf das Stärken, Fördern und Begleiten legt.